Rede Ulf Thiele MdL

stv. Vorsitzender der CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag

- Es gilt das gesprochene Wort. –

Redezeit: 3 Minuten

TOP 13: Gemeinsam Verantwortung tragen für die Energiesicherheit in Niedersachsen - heimische Erdgasgewinnung aktiv mitgestalten

- **Einleitung**

  Am 19. Mai dieses Jahres hat der Niedersächsische Landtag mit sehr breiter Mehrheit entschieden, den früheren Landtagsbeschluss gegen die Erdgasförderung in Niedersächsischen Küstengewässern wieder aufzuheben. Der brutale und menschenverachtende Angriff Russlands auf die Ukraine hatte binnen weniger Wochen alles verändert.

- **Was seit der ersten Beratung passiert ist.**

  In der Landtagssitzung im Juni haben die Fraktionen von CDU und SPD dann mit dem hier vorliegenden Antrag den Rahmen abgesteckt, innerhalb dessen wir uns die Gasförderung am Rande des Nationalparkes Niedersächsisches Wattenmeer vorstellen können. Das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) hat zwischenzeitlich die ersten Aufsuchungserlaubnisse und Bewilligungen erteilt. Diese Bergbauberechtigungen berechtigen jedoch noch nicht zur tatsächlichen Durchführung von Gewinnungsmaßnahmen.

  In einer gemeinsamen Erklärung des Landes Niedersachsen und der Unternehmen ist verankert, dass sich das LBEG mit der zuständigen niederländischen Bergbehörde über die Überwachung der Einhaltung aller einschlägigen Anforderungen und den Austausch von Informationen verständigen. Dem LBEG wird darin zudem die Befugnis eingeräumt, auf der Förderplattform Inspektionen durchzuführen. Es wird über alle Maßnahmen und Berichterstattungen in gleicher Weise unterrichtet, wie die niederländischen Behörden, und es erhält sämtliche Dokumente. Dies betrifft insbesondere alle umwelt- und sicherheitsrelevanten Informationen.

  Meiner Fraktion war besonders wichtig, dass diese Transparenz für unsere Behörden und auch für die Öffentlichkeit gewährleistet wird. Dafür sind die jetzt die Grundlagen gelegt.

  Ebenso ist für die CDU-Fraktion von besonderer Bedeutung, dass auch auf Borkum und im Nationalpark ein Monitoring-System aufgebaut wird, mit dem sicherheitsrelevante Punkte überwacht werden. Dies wollen wir mit einem Rechtsstatus verbunden sehen, dass im Falle auftretender Schäden die Beweislast auf die Seite der fördernden Unternehmen legen. Auch in dieser Frage gibt es zwischenzeitlich – nach meiner Kenntnis – Klärungsprozesse.

  Das Auswärtige Amt prüft aktuell die Möglichkeit eines Staatsvertrages zwischen den Niederlanden und der Bundesrepublik Deutschland. Darin soll unter anderem die Aufteilung der Erdgasreserven sowie die Zusammenarbeit beider Staaten geregelt werden.

  Wesentliche Forderungen dieses Antrages werden somit bereits aktiv durch die Landesregierung und die Bundesregierung verfolgt.

- **Grüne für Öl-Förderung im Nationalpark**

  Die Grünen in Niedersachsen suggerieren ja weiterhin, dass sie gegen dieses Projekt sind. Damit unterscheiden sie sich deutlich von ihren Parteifreunden in Schleswig-Holstein. Dort möchte der Öl- und Gaskonzern Wintershall Dea seine Ölförderung nördlich von Cuxhaven ausweiten, mitten im schleswig-holsteinischen Naturschutzgebiet. Im März 2022 brachte die Koalition im Landtag in Kiel – unter Beteiligung der Grünen – einen Antrag ein, um die „vorübergehende Erweiterung der Erdölförderung über die Plattform Mittelplate zu unterstützen. Ich kritisiere das nicht. Ich stelle nur fest, dass die Grünen in Schleswig-Holstein anders handeln, als die Grünen in Niedersachsen reden.

- **Fazit**

  Wir hingegen sagen den Niedersachsen und den Menschen vor Ort mit diesem Antrag sehr klar, wofür wir stehen und was wir tun. Wir sorgen für zusätzliche Erdgas-Förderung. Und wir legen den Rahmen dafür fest, um für den Nationalpark und die Insulaner ein Höchstmaß an Sicherheit zu gewährleisten. Wir sind verlässlich! Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.